

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1912. Nr. 18.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Wahngeld für Halle und Gerate 2,40 M., durch die Post bezogen 5 M. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. — Staats-Beilagen: Hallischer Courrier (tägl. Heftausgabe), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft), Samst. Mitteilungen.

Erste Ausgabe

Einzelgebühren für die postgebührenfreie Kolonietheile oder deren Raum für Halle u. den Gaukreis 20 Pf., auswärts 30 Pf., Restamen am Schluss des redaktionellen Teils die Hälfte 100 Pf., Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen benannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Seltsiger Straße Nr. 61 u. 62.
Telephon 155 u. 158; Redaktionstelephon 1272.
Verleger: Dr. Walter Gebenleben in Halle a. S.

Freitag, 12. Januar 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt Aueführt Nr. 6290.
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Nationale Wähler!

Wählt! Wählt! Wählt!

Der 12. Januar ist der Tag der Reichstagswahl.

Die Wahlhandlung muß bis spätestens abends 7 Uhr abgeschlossen sein.

Wer seiner Wahlpflicht nicht nachkommt, versündigt sich am Vaterlande!

Berschiebt auch nicht die Abgabe der Stimme bis auf die letzte Stunde, sondern gehet so zeitig wie möglich zur Wahlurne. In den letzten Stunden pflegen die roten „Genossen“ die Wahllokale zu belagern und den Wahlgang zu erschweren.

Wählet also bis spätestens nachm. 4 Uhr!

Die nationale Sache muß siegen und sie wird es, wenn alle nationalen Wähler ihre Pflicht tun. Darum:

Wählt! Wählt! Wählt!

Weltanschauungs-Wahlen.

Auch politische Schlagworte müssen bodenständig sein, wenn sie dauernde Lebenskraft bewahren wollen; die Wahlbewegung der letzten Wochen hat es von neuem erwiesen. Von den Reformmetromellen, mit denen die Parteien anfangs zum Wahlkampf ausjagten, geben die meisten nur noch einen sehr gedämpften Schall. So ist die Aufputschung der Massen mit dem Feuerwerksgeschrei gründlich mißglückt. Auch mit den wüsten Anklagen gegen die Reichsfinanzreform von 1909 lockt man gegenwärtig schwerlich konservativ gesinnte Männer nach links hinüber. Der Aufruf endlich zur Machte für die „Zertrümmerung des Billowblocks“ hat selbst in liberalen Kreisen von jeher nur sehr mäßigen Anklang gefunden. Diese Sehnsucht nach dem alten Block müßte konsequenterweise die Liberalen wiederum an die Seite der Konservativen führen, und so etwas gilt den Modernen doch als unverständlich. Dagegen treten aus all den Nebeln der Sonderinteressen und der Kleinräuberei die alten Gegensätze der Weltanschauung, um die auf dem höchsten Boden im politischen Kampfe Nahrung hindurchgerungen ist, auch diesmal immer deutlicher hervor. Die liberale Staatsauffassung sucht die konservativen Gesinnungen des deutschen Volkes zu entwurzeln und ihre eingebildete Ueberlegenheit durch die Wahlergebnisse möglichst eindrucksvoll auszubringen.

Der Liberalismus hat aber im Gefühl seiner organischen Schwäche ein gut Teil seiner besten nationalen Traditionen um des Erfolges willen preisgegeben und steht heute nicht mehr allein mit seinem linken Flügel auf einem Terrain, dessen Weaderung früher den demokratischen Mächten unfruchtbarer Verneinung neidlos überlassen wurde. Das innerliche Weiden der nationalliberalen Partei besteht ja, wie es bereits in ihrem Programm vom 12. Juni 1867 heißt, darin, die Zeichen der Zeit zu beachten und ihre An-

sprüche zu betriebligen. Nun, die Zeichen der Zeit sind aber häufig nichts mehr als Wasserblasen, und wer sie zu erblicken trachtet, gerät gar leicht in die Gefahr des Ertrinkens. Das Vordringen des demokratischen Radikalismus gehört gleichfalls zu den weniger erfreulichen, für unsere nationale Entwicklung aber um so bedenklicheren Zeitercheinungen. Die Zustände, die demselben seitens des gemäßigten Liberalismus bereits gemacht sind und infolge des näheren Weineinanderrens aller liberalen Parteien in Zukunft noch zu machen sein werden, machen es zu einer Gewissenspflicht der Nation, den von links her ankündenden demokratischen und radikalen Elementen eine um so fettere Abwehrfront der rechtsstehenden Kräfte des positiven Behaltens und des Weiterreitens unter Berücksichtigung des historisch Gewordenen entgegenzusetzen.

Solange die Mehrheit des Reichstages, zu welcher Parteiführung die Einzelgruppen im übrigen sich bekennen mögen, den klaren Richtlinien folgt, die von den Konservativen eingehalten werden, wird der Radikalismus erfolglos die Schwachstellen des deutschen Verfassungsrechts und unseres wirtschaftlichen Gebehens beremmen. Schwere Erschütterungen in den staatlichen, sozialen und wirtschaftlichen, sittlichen und religiösen Verhältnissen Deutschlands können und werden dagegen nicht ausbleiben, wenn der Radikalismus infolge des lässigen Verhaltens des deutschen Bürgertums derart erstarken sollte, um seine unklare und dehnbaren Begriffe von freireichlicher Reichsverbesserung verwirklichen zu können. Die Auffassungen der Linken in dem ungeheuren politischen Knäuel von Hoffmann bis hinüber zu der ultima ratio des republikanären Umsturzes bei denen um Befehl streiben mir durcheinander, an welchem Punkte und mit welchen Mitteln jene große Reform an Haupt und Gliedern einzuleiten wäre, die dem „mündig gemordenen“ deutschen Volke im 20. Jahrhundert allein gestehen soll. Um so wichtiger ist es, daß um den

konservativen Gegenpol sich alle scharren, die in vollem Einklang für das, was dem Reiche nützt, einen Damm gegenüber den aufstrebenden demokratischen Richtungen der Zeit zu errichten willens sind.

Das Verhängnis des Liberalismus liegt darin, daß er die Grenzen der Freiheit nur zu häufig nicht zu finden wußte, daß die Gewährleistung von Freiheiten oft auf Kosten der staatlichen Macht und Autorität geschehen ist, daß er manche Uebel geheilt, in der Seilung aber neue Uebel erzeugt hat. Freiheit ohne staatliche Macht kann überhaupt nicht bestehen, denn sonst gewinnen das Recht des Stärkeren und damit die Willkür die Oberhand. Die konservative Politik kann daher den Grundfalsch nicht aufgeben, daß gegenüber dem Freiheitsprinzip die Autorität zur Geltung gebracht werden muß. Das alte liberale Dogma aber von der ungehinderten Betätigung der freien Persönlichkeit im Staats- und Erwerbsleben hat in der „liberalen Vera“ so jämmerlich Bankrott gemacht, daß es niemanden gelüsten kann, neue Experimente mit ihm anzustellen. Und doch läßt sich aus dieser Lage über vermeintliche „Einkränkung des modernen Freiheitsbedürfnisses“ die liberalen Parteien ihre unabsehbaren „Forderungen“ zu Reformen im Staats- und Wirtschaftsleben. Was sie als freireichlichen Sozialismus zu verherrlichen pflegen, ist in Wirklichkeit ein Auswählen der Majorität gegen die Autorität, ist die Vergewaltigung der Schwächeren zugunsten der demokratischen Interessenpolitik, ist endlich die Ablösung der erhaltenden Kräfte im nationalen Staatswesen durch eine internationale Menschheitskultur mit ihrem ganzen Gefolge von antinationalen, antihistorischen und antireligiösen Tendenzen.

Die Konservativen können den Volkswillen als obersten Gebieter aller Ordnungen nicht anerkennen; schon Goethe sagt mit Recht, im Aufstehen sei die Waffe selbst. Urteilen gelinge ihr miserabel. In der inneren Wertung des Reiches und der Einzelstaaten legen die Kon-

Verbalten entscheidendes Gewicht auf die monarchischen Grundlagen unseres Staatswesens und eine fräftige obrigkeitliche Gewalt. Das parlamentarische Regime verwarf sie, weil es den bestehenden Verfassungen widerspricht, mit den Verhältnissen des deutschen Bundesstaates ebenjowenig wie mit unseren Parteienverhältnissen ist und eine Verschlechterung der allgemeinen politischen Situation bedeuten würde.

Die Sozialdemokraten sind der Ueberzeugung, daß die Vorherrschend demokratische Grundzüge, die individuelle Freiheit und das wirtschaftliche Gedeihen des Volkes viel ärger gefährdet würde, als es jemals der Fall sein wird, solange die staatsbehaltende „Reaktion“ soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Gleichberechtigung aufrechterhält. Wie der Liberalismus früher die produktive Arbeit durch die skandalöse Gewerkschaft der Macht des Kapitals unterwarf, so hilft er jetzt zur Beeinträchtigung bürgerlicher Freiheit, indem er dem sozialdemokratischen Terrorismus die Fühgel schenken läßt. Nicht einmal der parlamentarische Mehrheitswille wird respektiert, falls er den liberalen Ideen sich nicht anpaßt. Der aus dem demokratischen Wahlrecht hervorgegangene Reichstag wird verfehlt, wenn er, wie z. B. in der Reichsfinanzreform, Mehrheitsbeschlüsse faßt, die der Einkünfte nicht zulagen. Die Ideale reinen Parlamentarismus werden vom dringlichsten Sozialismus in solchen Fällen außer Acht gelassen.

Die Ideen der demokratischen Weltanschauung mit dem Acker freibürgerlicher Entwicklung beherrschend die gesamte Linke, und wenn gleich die Nationalliberalen gegen die ungünstigsten Stimmungen sich auflehnen, so können sie doch eine Interessengemeinschaft nicht ableugnen, deren Kernpunkt in der Parole: „Die Front nach rechts“ gegeben ist. Die Konventionen vertreten gegenüber den verächtlichen Zukunftspolitiken der Linken den besonnenen Fortschritt und Ausbau der staatlichen und sozialen Ordnungen. Der Allgemeine Delegiertentag der sozialdemokratischen Partei vom 11. Dezember 1909 hat in ein paar kurzen Sätzen treffend das programmatische Wesen wie folgt zum Ausdruck gebracht:

„Die Partei wird wie bisher so auch künftig unverrückt für das Wohl jeder redlichen Arbeit in Handel, Gewerbe, Kunst und in allen mittelständischen Berufen zu kämpfen und wird neben ihrer niemals nachlassenden Forderung für die Gerechtigkeit, ebenso für die wohlverstandenen und vollberechtigten Interessen der städtischen und industriellen Bevölkerung und für die Förderung der geistigen Kultur eintreten. Wir wollen mehr und mehr eine gesammelte Macht derjenigen sein, die auf der Grundlage der bestehenden und beherrschten Einrichtungen an der von den Zeitverhältnissen gebotenen Fortentwicklung unserer öffentlichen und sozialen Einrichtungen rücksichtslos arbeiten unter dem Wahlspruch: „Mit Gott für Kaiser und Reich, für Gerechtigkeit und Vaterland!“

Zur Wahl.

Wie auch die Gegenstände unter den bürgerlichen Parteien zum Ausdruck kommen mögen, so bleibt doch das eine bestehen: Weder in der Hauptwahl noch in der Stimmwahl kann ein in erster Zeit um die Zukunft des Vaterlandes besorgter Mann seine Stimme einem Sozialdemokraten geben. Mit diesen Worten wird in einem halbmonatlichen Artikel die Stellungnahme der Regierung zur Wahlbewegung gekennzeichnet. Bei der letzten Reichstagswahl, im Jahre 1907, ist es gelungen, der Sozialdemokratie einen großen Teil ihrer Reichstagsitze zu entreißen; es wurden nur 43 Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt, nachdem die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten nach 11 im Jahre 1887 auf 35 in 1890, 44 in 1893, 56 in 1898 und 81 in 1903 gestiegen war. Auch diesmal muß die Sozialdemokratie eine Niederlage erleiden, wenn sich jeder national gesinnte Mann seiner Pflicht gegen das Vaterland bewußt wird. Verhängnisvoll wäre es für die Entwicklung des Reiches, wenn die Sozialdemokratie mit ihrer staatsfeindlichen Verneinung in den grundlegenden legislativen Fragen jemals eine ausschlaggebende Stellung erlangen sollte.

In Berlin fand am letzten Sonntag bedeutend zwischen Vertretern einer größeren Anzahl der bürgerlichen Parteien- und Staatsarbeiter-Verbände eine Besprechung statt, die zu einer Einigung über eine Wahlbewegung gegen die Sozialdemokratie — übrigens ohne Festlegung auf das Programm bestimmter bürgerlicher Parteien — führte. Verschiedene Abmachungen werden auch von anderer Seite zum Bestehen von Arbeitervereinigungen beanstandet. Hoffentlich bleibt die Wirkung nicht aus. Was sich die Sozialdemokratie auch rühmen, nach der Stimmgebung gemessen die Hälfte aller im Reichstage vertretenen Parteien und die einzige Partei zu sein, die auf ununterbrochenen Annahmen ihrer Stimmenszahl zurückzuführen kann, so hat doch die Wahl vom Jahre 1907 gezeigt, daß es möglich ist, diesem Annahmen Einhalt zu gebieten. Von den bei den ersten ordentlichen Wahlen von 1903 und 1907 Gewählten kamen — in Prozenten — auf die Angehörigen der größeren Parteien des Reichstages:

	1903	1907
Konservative und Reichspartei	13,5	13,6
Nationalliberale	13,9	14,5
Freiwirtschaftliche Parteien	9,2	11,0
Zentrum	19,8	19,4
Sozialdemokraten	31,7	28,9

Relativ hat sich somit die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen im Jahre 1907 sehr stark vermindert. Und warum sollte es gleiches nicht auch diesmal möglich sein? Es ist möglich, wenn alle nationalen gesinnenden Deutschen ihrer Wählerpflicht gedenken.

Schutzoll und Lebensmittelpreise.

Nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch der Freisinn haben es als unumstößliche Wahrheit verstanden, daß das Schutzollsystem allein für die Steigerung verantwortlich ist, die sich bei den Lebensmittelpreisen in Deutschland vollzieht. Bei den letzten Steuerungsdebatten im Reichstage haben die Sozialdemokraten das Thema von der „Auswanderung des Volkes“ durch die „beengigeren Kapitalisten“ und namentlich durch die „unerfährlichen Agrarier“ in allen Tonarten behandelt, und die Herren

Radikale, Dezer und Genossen haben als allein wirksames Mittel gegen die drohende Verelendung der Volksmassen den „Abbau“, d. h. die allmähliche Abschaffung der Schutzölle, in erster Linie natürlich der Agrarölle, gepredigt. Wie wenig in Wirklichkeit das Schutzollsystem mit dem Steigen der Preise nicht nur für die Lebensmittel, sondern für alle Bedürfnisse des Lebens zu tun hat, ist den Herren schon damals offensichtlich durch Hinweise auf die Preissteigerung auch in solchen Ländern, die nur wenige oder keine Schutzölle kennen, dargelegt worden. Freilich ohne Erfolg, denn die sozialdemokratische wie die freisinnige Presse ist nach wie vor an der Arbeit geblieben, ihren Lesern das Schutzollsystem als die einzige Quelle der Erhöhung der Lebensmittelpreise hinstellen. Die Tatsache, daß die Löhne der Arbeiter, also die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung in ungleich stärkerer Maße als die Lebensmittelpreise in Deutschland gestiegen ist, wird beharrlich bestritten. Jetzt hat ein französischer Volkswirt, der Professor Georges Bonnet in Paris, eine eingehende vergleichende Studie über das Annahmen der Lebensmittelpreise auf der einen Seite und das Steigen der Löhne auf der anderen Seite veröffentlicht. Das Resultat seiner Untersuchungen ist zunächst die Feststellung, daß die Erhöhung der Lebensmittelpreise einen durch den internationalen Handel zeitlich, daß sie sich in dem freihändlerischen England ebenso eingestellt hat, wie in Deutschland, in Frankreich ebenso wie in Belgien, ja, zum Teil macht sich diese Preissteigerung unter dem Freihandelsystem noch stärker fühlbar, als unter dem Schutzollsystem. So ist der Preis für den in der Volksernährung eine wichtige Rolle spielenden Speck in England in den letzten 15 Jahren um 77 Prozent gestiegen, während er in Deutschland in den letzten 30 Jahren nur um 35 Prozent teurer geworden ist. Ein erheblich stärkerer Anstieg aber als die Lebensmittelpreise sind nach der Ermittlung Professor Bonnets fast überall die Löhne der Arbeiter gestiegen, und seine Angaben über Deutschland zeigen, daß dieses dabei besonders gut gestellt ist. Man kann es daher recht wohl verstehen, daß der französische Gelehrte für die deutsche Volkswirtschaft ein hohes Lob in Vereinfachung hat und die Rückkehr zum Freihandelsystem für Deutschland als ausgeschlossen hält. Er erkennt rücksichtslos an, daß die deutsche Industrie unter dem Schutzollsystem große Fortschritte gemacht hat und daß die Erzeugnisse des deutschen Gewerbetreibers sich dem Weltmarkt absetzen haben. Der Schutz der nationalen Arbeit ermöglichte Deutschland allein, auch bei dem enormen Annahmen der Bevölkerung seine wirtschaftliche Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten. Es ist kaum anzunehmen, daß dieses unbedingte Urteil über die deutsche Wirtschaftspolitik aus dem Auslande die freisinnigen Doktrinen und die sozialdemokratischen Gelehrten eines Besseren belehren wird, obwohl auf dieser Seite den Anschauungen des Auslandes über deutsche Verhältnisse in anderen Stücken oft genug ein übertrieben großer Wert beigemessen wird, aber darum verlieren die Untersuchungen des französischen Gelehrten keineswegs an Interesse. Gerade in dem gegenwärtigen Zeitpunkt, wo das deutsche Volk berufen wird, über die Zukunft seiner Wirtschaftspolitik zu entscheiden, verdienen sie aufmerksamste Beachtung.

Die Kabinettskrisis in Frankreich.

Dem Vernehmen nach hat sich der bisherige französische Ministerpräsident Caillaux hauptsächlich deshalb zur Demission entschlossen, weil er im Verlaufe des am Mittwoch stattgehabten Kabinettsrats zu der Erkenntnis gelangte, daß er das Vertrauen der einflussreichsten Mitglieder seines Ministeriums eingebüßt habe. An parlamentarischen Kreisen wird die Ansicht ausgesprochen, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Ministerpräsident, der sich in einem mit wenig nationaler Verantwortlichkeit als das geeignetste erweise. Derselbe habe als Hauptaufgabe die Erledigung des französisch-deutschen Abkommens obzuliegen. Doch wird auch von der Möglichkeit eines Kabinetts Roucaux mit Bourgeois, Millerand und anderen Ministern gesprochen.

Ueber die Vorgänge kurz vor dem Austritt des Kabinetts Caillaux selbst die „Agence Havas“, daß Millerand, dem das Portefeuille der Marine angeboten worden war, es mit der Begründung abgelehnt hatte, er sei durch seine frühere Tätigkeit in keiner Weise für dieses Ministerium vorbereitet.

Der „Agiator“ sagt: Die Krise ist die logische Folge einer Reihe von schweren Fehlschritten, die sich durch die Verhandlungen an den übrigen Nationen mit ernstlichen Gefahren bedrohen. Der radikalische „Gaulois“ sagt: Es zeigt sich, daß die Republikaner aufstrebend sind, die gewöhnlichen Geschäfte durchzuführen, und daß selbst die Männer, die im Vorderreihen stehen, kein Vertrauen zur Republik haben. Wehrhaft wird behauptet, daß der eigentliche Grund, der zur Demission Caillaux geführt hat, keineswegs in der Unmöglichkeit bestand, einen Marineminister zu finden. — Der „Evenement“ berichtet: Delcassé verzichtete im Laufe des Nachmittags auf das Portefeuille des Außenwirts, und dieser Entschluß mußte den Austritt des gesamten Kabinetts herbeiführen. Das ist bemerkenswert, denn Delcassé hat eine der besten Stellen im Parlament. — Der „Eclair“ erzählt: Im Laufe des Tages überwiegt die insolge eines geheimnisvollen Schrittes im Gange der Stand der Dinge. Wir wissen nicht, ob Präsident Fallières direkt auf Caillaux oder indirekt auf Delcassé eingewirkt hat; das eine oder das andere, daß die Wahl eines Marineministers bisher unmöglich erschien, und daß sich ein Vorwand bieten mußte, um den Sturz des gesamten Kabinetts zu erklären. — Das „Echo de Paris“ behauptet, Delcassé habe bei seiner Uebernahme des Portefeuilles des Außenwirts vom Präsidenten Fallières Versicherung dafür verlangt, daß er auch im kommenden Kabinettsrat an der Spitze des Ministeriums des Auswärtigen verbleibe. Die radikalen Kreise wiederholen die gegen die Selbsterhebung Sinnetts in noch heftigerer Weise. — Der „Kampfer“ schreibt: Es ist heute unklar, was die gegen Caillaux sowie das ganze Kabinettsrat während der französisch-deutschen Verhandlungen gerichtete Verleumdungskampagne von dem Selbsten angeht war, und daß dieser eine nationalpolitische Bewegung im Interesse seiner Demission um die Verantwortlichkeit der Resultate ansetzen wollte. Für den „Kabinettsrat“ und der „Marin“ bemühen sich, die Rolle der Selbsten in einem möglichst ungünstigen Lichte darzustellen.

Die „Agence Havas“ teilt zu der Kabinettskrisis folgendes mit: Der Austritt des Kabinetts ist vor allem der Haltung Delcassés in der Mittwoch-Sitzung des Ministerrats zuzuschreiben. Delcassé betonte, er nehme das Portefeuille des Außenwirts nur unter der Bedingung an, daß eine bedeutende Persönlichkeit Marineminister werde, denn er wolle das von ihm übernommene Werk in guten Händen wissen. Demgegenüber stellte Caillaux fest, daß

sich kein Mitarbeiter zur Uebernahme dieses Ministeriums gefunden habe. Es scheint ihm daher, daß die moralische Autorität des Kabinetts ernstlich in Frage gestellt sei, und daß es verabschiedet sei, wenn das Kabinettsrat zurücktrete. Die Haltung Delcassés erregte großes Aufsehen. Caillaux erklärte, er habe erkannt, daß geradezu ein Streik um ihn herum ausgebrochen sei. Es sei für ihn höchst gemein, nach vier Ablehnungen, die er erfahren habe, mit der nötigen Autorität einer fünften Persönlichkeit das Anerbieten zu machen. Es habe sich schließlich herausgestellt, daß nach der Haltung Delcassés das Kabinettsrat die unumgängliche nötige Autorität und die nötige Kraft besitzen würde, um der für Donnerstag zu erwartenden Kammerdebatte Stand zu halten. Der Ministerpräsident und der Minister des Außenwirts müßten in dieser Debatte im vollkommenen Einvernehmen sein. Nach 1½stündiger Beratung einigten sich die Minister schließlich über die Notwendigkeit ihres Austritts.

Bei Schluß der Redaktion trafen noch folgende Telegramme aus Paris, 11. Januar, ein:

Caillaux empfing gestern Abend seine politischen Freunde und erklärte ihnen gegenüber, daß er seine volle Freizügigkeit getan habe und nicht glaube, daß ihm wegen der geheimen Verhandlungen irgend ein Vorwurf gemacht werden könne. Die einzige unangenehme Sache sei, daß er morgen die Tribüne nicht bestiegen und sich offen und rücksichtslos ausdrücken könne über alle Dinge, die ihm vorgefallen und alle Verleumdungen, die gegen ihn geschleudert worden seien. Aber es sei eine Remis-Partie, und er hoffe, daß ihm diese Gelegenheit bald geboten und er seine Rede halten werde.

Man glaubt, daß Fallières die heute stattfindende Wahl des Präsidenten des Senats abwarten müsse, bevor er in Verhandlungen über die Neubildung des Kabinetts eintreten könne. An politischen Freisen werden für den Posten des Ministerpräsidenten folgende Namen genannt: Léon Bourgeois, Delcassé, Roucaux, Millerand, Briand, Clemenceau, Gaston Doumergue und Jean Dupuy.

Auch dem trefflichen Noth Bull scheinen die französischen Vorgänge der letzten Tage allmählich die Augen zu öffnen über den deutsch-französischen Markthandel. Diese Behauptung bemächtigt sich immer mehr der Londoner Presse.

„Daily Chronicle“ schreibt: Obwohl die neuen Entschlüsse die Entsendung des „Rantier“ nach Agadir nicht rechtfertigen, zeigen sie doch, daß Deutschland Grund zur Entrüstung hätte. „Daily Telegraph“ sagt: Die Interessen Englands waren mit den Maroffverhandlungen des Sommers so eng verknüpft, daß die öffentliche Meinung die Ueberzeugung über das neue Licht nicht bezweifeln kann, das auf die Folgen der Ereignisse fällt, die zur Entsendung des „Rantier“ nach Agadir führte. Die Entschlüsse von Jules Roche zeigen, daß das Vorgehen der deutschen Regierung kein plötzlicher unerklärlicher Witz aus heiterem Himmel war, worfür es in England gehalten worden war, sondern eine zornige Mahnung an Frankreich, und daß anderweitige Kompensationen hat angedeutet waren. Englands neues Festhalten an der Entente ist einwandfrei geblieben; aber es ist jetzt klar, daß die Krisis des Sommers tatsächlich durch ein finanzielles und nicht durch ein politisches Arrangement hervorgerufen wurde, an dem England nicht interessiert war.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die türkische Kammer legte am Mittwoch die Beratung über Artikel 35 der Verfassung fort. Einige Abgeordnete der Opposition hielten lange Reden. Der Abgeordnete Bozici griff die Regierung heftig an und erklärte, um mit Italien Frieden zu schließen, sei eine Regierung nötig, die jeder Vereinbarung unzugänglich sei. Er sei als die Regierung müsse das Kabinettsrat aufgelöst werden. Der Großvezir, der noch immer krank ist, nahm an den Verhandlungen nicht teil.

Ein sechsaktiger Luftkämpfer. Der Minister Ober, der beabsichtigt, sich mit seinem Aeronauten in Cagliari nach Tunis einschiffen, wurde auf Befehl der italienischen Regierung an seiner Abreise verhindert. Ob er sich in den Dienst der türkischen Flottenverwaltung getreten sei, die sich selbst haben, sich über die türkische Grenze nach dem tripolitanischen Kriegsschauplatz zu bewegen, um zum türkischen Lager aus Reconquieszenz auszuführen.

Die Revolution in China.

Neue Vorschläge der Revolutionäre. Der „New-York Herald“ meldet aus Peking, es seien in aller Stille Verhandlungen über die Entthronung der Manchu geführt worden. Die revolutionären Führer sollen beschlossen haben, den Kaiser der Kaiserlichen Regierung zu übernehmen. Der Kaiser selbst soll wie der Herrscher eines fremden Landes behandelt werden. Der Aufenthalt in China soll ihm gestattet und als seine Festung Peking anzuweisen werden. Den Manchu, Monarchen und Beamten sollen die gleichen Rechte eingeräumt werden wie den Chinesen. Diese Vorschläge der revolutionären Regierung sind am 10. Januar den Mitgliedern der kaiserlichen Familie unterbreitet worden, die sich mit ihnen unter der Bedingung einverstanden erklärt haben, daß die Revolutionäre ihre Forderungen in allen Punkten halten.

Aus der Mongolei. Nach Mitternachten aus Tokio ist das russische Vorgehen in der Mongolei auf die zu äußere Mongolei beschränkt und berührt Japan nicht. Die japanische Presse legt der Lage in der Mongolei keine Bedeutung bei.

Deutsches Reich.

* Terrorismus ist eine „Gemeinecht“. Es ist unglücklich und doch wahr. Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokratie, erklärt wörtlich: „Der Terrorismus, den die Mächtigen über die wirtschaftlich und politisch Schwachen ausüben, ist stets eine Gemeinecht.“ Damit verurteilt das Zentralorgan das Verhalten seiner eigenen Partei aufs schärfste. Keine Partei übt bei den Wahlen auf die von der Arbeiterschaft abhängigen kleinen Geschäftsleute einen solchen Terrorismus aus wie die Sozialdemokratie. Es ist dies keine unbewiesene Behauptung. In den Verhandlungen der Wahlprüfungscommission des

An die Beamten des Reiches und der Bundesstaaten

sowie an die

Arbeiterschaft in Reichs- und Staatsbetrieben.

Der 12. Januar ruft auch die Beamten und Arbeiter des Reiches und der Bundesstaaten zur Wahlurne.

Als freie Männer sollen sie das vornehmste Recht des Staatsbürgers, das Wahlrecht, ausüben. Gebunden nur durch Pflicht und Gewissen, geleitet durch gereiften politischen Sinn.

Daraus ergibt sich für den Beamten ohne weiteres seine Stellung. Sein **Dienstleid** wehrt ihm schlechthin die Wahl eines **Gegners der bestehenden Staatsordnung**. Man lasse sich durch Spiegelfechtereien nicht irreführen! **Eid bleibt Eid! Und Eidbruch bleibt Eidbruch!** Wer den Dienstleid geschworen hat, kann also, so lange er im Amte ist, **einen Sozialdemokraten nicht wählen**.

Aber auch aus Gründen politischer Klugheit und Erfahrung gehört der sozialdemokratische Stimmzettel weder in die Hand des Beamten noch des Staatsarbeiters. Denn was ihnen auf religiösem, sittlichem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete teuer und wert ist —

die Sozialdemokratie will es zerstören.

Was auch immer auf sozialem Gebiete für Arbeiter und Beamte errungen wurde —

die Sozialdemokratie hat es zu verhindern gesucht oder durch unfruchtbare Politik **erschwert**. Arbeitern und Beamten hat sie stets nur **Steine statt Brot**, Versprechungen und Bertröstungen statt sozialer Taten,

Verhezung statt Befriedigung

geboten. Blind und taub für die politischen Forderungen des Tages, verweigert sie grundsätzlich dem rings von Feinden umgebenen Vaterlande den nötigen Schutz, ja, es hat nicht an sozialdemokratischen **Drohungen** gefehlt, es landesverräterisch in der Stunde der Gefahr wehrlos zu machen. Ein Tor, der den Ast absägen hilft, auf dem er sitzt! **Also nur ein politisch Verblendeter kann einen Sozialdemokraten wählen.**

Deutsche Beamte und deutsche Staatsarbeiter!

Die rote Flut steigt höher und höher. Es gilt, ihr einen unerschütterlichen und unübersteigbaren Damm entgegenzusetzen. Den festen Kern dieses Dammes muß die

unwandelbare Treue zu Kaiser und Reich, zu Fürst und Vaterland

bilden, die im Herzen des deutschen Beamtentums und der deutschen Staatsarbeiterschaft lebt. Bei den Wahlen von 1907 haben 15 v. H. der Wahlberechtigten ihre Stimme nicht abgegeben. Am 12. Januar und den nachfolgenden Stichwahlen kommt es auf **jede** Stimme an.

Darum auf zur Wahl!

Jeder wähle — aber kein Beamter oder Staatsarbeiter stimme für einen Sozialdemokraten.

Folgende Verbände resp. Verbandsvertreter haben bisher unterzeichnet. Eine große Zahl Unterschriften steht noch aus.

Bäckmann, Königl. Eisenbahn-Oberbahnhofs-Vorsteher, Beirat des Vereins der Vorsteher des Bahnhofs- und Abfertigungsdienstes der Preuß.-Hess. Eisenbahngemeinschaft und der Reichseisenbahnen.

Blievernicht, Oberpostsekretär, Berlin N. 37.

Brig, Telegraphensekretär.

Diétrich, I. Vorsitzender für den Deutschen Eisenbahn-Zugführerverband.

Dohrmann, Werfttelegraphist und Mitglied des Arbeiterausschusses der Kaiserlichen Werft, Wilhelmshaven.

Duch, für den Verband der Eisenbahn-Telegraphen-Werftführer und Mechaniker der Preuß.-Hess. Staatsbahnen und der Reichseisenbahn.

Eichner, Kgl. Eisenbahn-Maschinist, I. Vorsitzender für den Verein der Maschinisten, Maschinenwärter und Aspiranten bei elektrischen Anlagen der Kgl. Eisenbahnen.

Gutsche, Eisenfeld, für das Reichskartell der Verbände der Beamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten **Eis Eisenfeld**.

Höjer, Eisenfeld, für den Zentralverband Deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter, **Eis Eisenfeld**.

Jörs, I. Vorsitzender des Vereins der Vorarbeiter der Kaiserlichen Werft, Wilhelmshaven.

Jurk, I. Vorsitzender des Verbandes der Rangier-Beamten und Anwärter der Preuß.-Hess. Eisenbahngemeinschaft.

Just, Ministerialdirektor a. D., Vorsitzender des Verbandes Deutscher Beamten-Vereine.

Koch, Technischer Eisenbahn-Rechnungs-Beauftragter, für den Verband Technischer Sekretäre der Preuß.-Hess. Staats- und der Reichseisenbahn.

Kullisch, I. Vorsitzender des Bahnwärter-Verbandes.

Lehner, München, für den Bayerischen Eisenbahner-Verband.

Len, Zugführer, Vorsitzender des Verbandes der Eisenbahn-Fahrbeamten Deutschlands.

Meyer, für die Nationalen Arbeiter-Vereine für Kiel und Umgegend: Kaiserliche Werft, Hornaltdorferwerft, Krupp-Germania.

Mitschke, Nienberg, Vorsitzender des Deutschen Eisenbahn-Hilfskassener-Verbandes.

Neumann, für den Verband der Schaffner u. Schaffner-Anwärter der Staatseisenbahnverwaltung.

Poppenberg, Charlottenburg, II. Vorsitzender des Verbandes Deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter, **Eis Berlin**.

Reller, Essen/Mühlr., für den Verband der Post- und Telegraphenarbeiter und -Handwerker, **Eis Bochum**.

Roswadowski, für den Deutschen Staatseisenbahn-Lade- und Bodenmeister-Verband.

Scharfenort, Kgl. Oberbahnassistent, I. Verbandsvorsitzender des Assistenten-Verbandes der Preuß.-Hess. Eisenbahngemeinschaft und der Reichseisenbahn.

Stangenberg, I. Vorsitzender des Nationalen Arbeiter-Vereins, Wilhelmshaven.

Stehr, Eisenbahnhandwerker, Rummelsburg.

Timm, Schwerin, für den Mecklenburgischen Eisenbahner-Verband, **Eis Schwerin**.

Zahn, Stuttgart, für den Verband der Württembergischen Eisenbahn- und Dampftraktions-Unterkonstruktionen, -Handwerker und -Arbeiter, **Eis Stuttgart**.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Der Provinziallandtag der Provinz Sachsen.

In der jüngsten Nummer des „Staatsanzeigers“ macht der Königliche Kammerpräsident, Oberpräsident der Provinz Sachsen, Erzengel von Oegel folgendes bekannt:
Der Königliche Hofrat haben durch Allerhöchsten Erlaß vom 27. Dezember 1911 den Provinziallandtag der Provinz Sachsen zum 10. März d. J. nach der Stadt Merseburg eingeladen.

Von großem Interesse für die Landwirte und Zuckerfabriken

unserer Provinz dürfte sein, daß das Landgericht Halle a. S. am 10. d. Mts. den Schiedspruch des Magdeburger Syndikats (Schiedsgerichts) zur Entscheidung der Streitigkeiten im Zuckergelände in Sachen der Zuckerfabrikation gegen die Zuckerfabrik Riesaerhof v. Edel, v. Neumann & Co. in Welleben aufgehoben hat, und zwar weil die von der Zuckerfabrik vorgenommene Ablesung der Schiedsrichter wegen Befangenheit vom Schiedsgericht unberücksichtigt gelassen war.

Ingulfass-Chronik.

Der 45 Jahre alte Kottenführer Friedrich Gerngrosch aus Großhauhe ist am Dienstag nachmittag beim Anfahren auf dem Güterbahnhof zu Dessau überfahren und getötet worden. Er ist vermutlich zwischen den Schienen im Schnee ausgeglichen und hat sich nicht mehr rechtzeitig erheben können. Ein Witzergang fuhr ihn beide Beine ab. Kurze Zeit nach dem Unfall fand der Schwerverletzte.

In Raumburg a. S. ereigneten sich auf einer improvisierten Mobelbahn verschiedene Unglücksfälle. Unter anderem fuhr ein Schitten mit vier Straßen unter die Pferde eines Lastfuhrers. Ein Knabe erlitt eine Luxation, der andere wird dem Verlußt eines Auges zu beklagen haben.

Der in Waldorf bei Weinungen anässige Arzt Dr. Glud ist bekanntlich bei seinen Krankenbesuchen aus dem Wagen gestürzt und mit gebrochenem Genick auf der Landstraße liegen geblieben. Nebenfalls sind die Pferde durchgegangen, so daß Dr. Glud aus dem Wagen geschleudert wurde. Nach Herabenden heimkehrende Arbeiter fanden ihn und brachten die Leiche zu seinen Angehörigen.

Quernert, 10. Jan. (Todesfall. — Konturs. — Schatzfischehen. — Sende.) Am 84. Lebensjahre verstarb der Rentier Karl Küdmar hier, welcher 20 Jahre Stadtbürgermeister, lange Jahre Vorsitzender des Ausschusses des hiesigen Vorfuhrvereins und langjähriges Mitglied der hiesigen Gemeindevertretung war. — Heber das Vermögen des Schenkegers Karl Satze hier ist der Konturs eröffnet worden. — Das Ransfelder Infanterieregiment Nr. 76 beabsichtigt, am 18. Januar ein Schatzfischehen in dem Gelände zwischen Schallhödt, Großpörsendorf, Landhödt, Dethl a. W., Schiltau, Hühren, Unter- und Oberleuthenbach, Steuben und Dornfelde mit der allgemeinen Schürgrichtung von Dethl a. W. auf Schuppen abzuhalten. — Der Ausbruch der Maul- und Klauenpeste ist amtlich festgestellt worden unter dem Rindviehbestände des Rittergutes Reinsdorf und des Gutbesizers Emil Büpfendorf in Büpfendorf. Unter den Schafbeständen der Gemeinde Reinsdorf und des Landwirts Karl Sturm in Reinsdorf ist die Peste ausgebrochen.

K. Witterfeld, 10. Jan. (Städtisches. — Maul- und Klauenpeste. — Pferdebeschäft.) In der gestrigen abgehaltenen Stadtbürgermeisterung wurden zunächst die im November und Dezember festgestellten Stadtbürgermeisterwahlen sämtlich für gültig erklärt. Sodann wurde die Einführung der neu beginnenden Stadtbürgermeisterung vorgenommen. Als Vorsteher wurde Reichsmann Dr. Riens (Neuwal), als Schriftführer Chemiker Schwarzger (Neuwal) und als Stellvertreter Amtsgerichtsrat Woblrabe (Wieder-

nach) gewählt. Dem Verlaß von hiesigem Ausland in Größe von 588 Kr für 1243,82 M. in Creppin gab die Verammlung ihre Zustimmung. — Unter dem Rindviehbestände des Gutbesizers Reinsdorf Deutschbein in Götting ist die Maul- und Klauenpeste erloschen. — Das dem Zuckerwerksbesizer S. Krüger auf der „Reutigenen Krone“ gehörige wertvolle Pferd ist vermutlich getötet worden. Ein auf dem Hofe des Gutbesizers „Zum grünen Hof“ in Soltau befindlicher Pferdebeschäft wurde von S. als ein feines geschlossenes Pferd erkannt.

Wittenfels, 10. Januar. (Landwirtschaftliche Kreiszeitung. — Rodelunfall. — Vereinsjubiläum.) Der achte landwirtschaftliche Kreiszeitung war geschlossen wertvolle Pferd ist vermutlich getötet worden. Ein auf dem Hofe des Gutbesizers „Zum grünen Hof“ in Soltau befindlicher Pferdebeschäft wurde von S. als ein feines geschlossenes Pferd erkannt. — Wittenfels, 10. Januar. (Landwirtschaftliche Kreiszeitung. — Rodelunfall. — Vereinsjubiläum.) Der achte landwirtschaftliche Kreiszeitung war geschlossen wertvolle Pferd ist vermutlich getötet worden. Ein auf dem Hofe des Gutbesizers „Zum grünen Hof“ in Soltau befindlicher Pferdebeschäft wurde von S. als ein feines geschlossenes Pferd erkannt. — Wittenfels, 10. Januar. (Landwirtschaftliche Kreiszeitung. — Rodelunfall. — Vereinsjubiläum.) Der achte landwirtschaftliche Kreiszeitung war geschlossen wertvolle Pferd ist vermutlich getötet worden. Ein auf dem Hofe des Gutbesizers „Zum grünen Hof“ in Soltau befindlicher Pferdebeschäft wurde von S. als ein feines geschlossenes Pferd erkannt.

Achtung!

Zur Reichstagswahl in Halle a. S. — Saalkreis.

Die national gesinnten Wähler werden darauf aufmerksam gemacht, daß das Bureau des Wahlkomitees für Herrn Bergrat Schrader im Hause der „Halle'schen Zeitung“, Leipzigerstr. 61/62 (Teleph. 155 und 158), am Wahltage den ganzen Tag über geöffnet ist, um jede gewünschte Auskunft zu erteilen.

Merseburg, 10. Januar. (Die erste Stadtbürgermeisterung.) Im neuen Jahre eröffnete Bürgermeister Dr. Haack mit einer längeren Ansprache an die verpflichtenden neuen Stadtbürgermeister, in der er u. a. auf die bevorstehenden wichtigen Aufgaben der Stadt: Errichtung einer neuen Volkshalle, Verlegung der Stadt mit elektrischer Energie, Neubau eines hiesigen Stadtbibliothek, Revision des Bauverordnungs hinwies. Stadtbürgermeister Haack wurde wieder zum Stadtbürgermeisterwahlkomitee gewählt. Die Verammlung erloschte noch die Beratung einiger Erlaß für 1912. Dreizehnen für die hiesigen Schulen sieben Kammergerichtshofe von 172 600 M. vor. Ein vom Magistrat vorgelegtes Ortschaftamt zum Schutze der Stadt gegen Vermüllung soll 14 Tage ausgesetzt werden. — Wittenfels, 10. Januar. (Rieserfest.) Zwischen einem jungen Knaben und einem Stallweizer kam es in der Nacht zum Montag zu einem Streite, dessen Grund Eifersucht war. Der von dem einen Beteiligten zu Hilfe herbeigerufene

Verarbeiter Dr. aus Chemnitz erhielt untermietet von dem Stallweizer mit einem dolchartigen Messer einen tiefen Stich in die linke Brustseite. Der Verletzte mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Wie verlautet, ist die Sache dem Gericht übergeben.

Wittenfels, 10. Januar. (Zu der geistigen öffentlichen Stadtbürgermeisterung) fanden zunächst Wahlen statt. Zum Stadtbürgermeister-Vorsteher wurde der prakt. Arzt Dr. Hiller, zum Stellvertreter Fabrikdirektor Schrader, zum Schriftführer der Bureau-Assistent Köhler und zum Stellvertreter Kaufmann Bauer gewählt. — Wittenfels, 10. Jan. (Verlangen nach Schulgeld.) Auf den Segen des Schulgosses auch für den Obstzüchter wies kürzlich der Vorliegende des hiesigen Obstbauvereins, Lehrer Schröder, in einem Vortrage „Die Einfuhr ausländischen Obstes nach Deutschland“ hin, welchen er in dem genannten Vereine hielt. Er berückte, daß im Jahre 1910 4 1/2 Millionen Doppelzentner Obst im Werte von 945 Millionen Mark eingeführt worden wären, und daß dem deutschen Obstbau die meiste Gefahr aus Österreich-Ungarn, Italien, Frankreich und den Niederlanden drohe. Nicht nur in Deutschland, sondern überall plange man beim Obstbau, so daß man Überproduktion befürchten müsse. Trete diese ein, so hieße der Preis wie bei jeder Ware, so auch beim Obst, bis sein Anbau schließlich nicht mehr lohne. Dieser Umstand, daß der Obstpreis nicht die Erzeugungskosten decke, trete um so eher ein, je höher diese seien. Man könne Deutschland mit den oben erwähnten Ländern, die außerdem zum Teil Unmengen an Obst liefern, in den Produktionskosten nur sehr schwer konkurrenzieren, denn bei uns wären die Arbeitslöhne meist höher und unsere Obstgärten hätten die großen Aufwendungen für die Witterungsschutzvorrichtungen der Arbeiter zu tragen. Sollte es dem deutschen Obstzüchter möglich sein, den Obstbau weiter auszubauen, so müßten für Obst-Witterungsschutz eingeführt werden.

W. Gernert, 10. Januar. (Die seit zwei Jahren bestehende Konferenz für evangelische Gemeinden.) Die diesjährige Tagung in Thüringen und zwar am 15. und 16. April hier in Erfurt abhalten.

Wittenfels, 10. Jan. (Wohnung.) Der Subkammerrat der hiesigen in Wittenfels gegründete für den Bau der Wege zur Bahn, als er gegen 6 Uhr die Heimreise antreten wollte, plötzlich überfallen und mißhandelt worden. Als Täter kommt ein Wittenfelser Geschäftsman in Frage, der dem Ob. noch eine größere Summe schuldig ist und zu deren Bezahlung der Gläubiger energisch drängt. Die Verletzung erlitten ernst, so daß der Verletzte sich zu einem Arzt begeben mußte. Diese tolle Tat wird noch das Gericht beschäftigen.

Wittenfels, 10. Jan. (Sozialdemokratische Freiheit.) Nach Schluß der letzten konstituierenden Verammlung ging ein Veranlassungsbüro für Herrn Mittelmeier von D. Frau, der die Verammlung geleitet hatte, zu unschärfe mit den Worten: „Ich frage Sie, Herr von D. auch ein Sozialdemokrat, der in der Verammlung eine Unterfertigung gemindert werden.“ Auf die bejahende Antwort meinte der Fragesteller: „Nun gut, ich bin Sozialdemokrat, ich bin in schwerer Not und brauche Geld, ich bitte Sie um eine Unterfertigung.“ Herr von D. antwortete ihm hierauf ein Geldstück mit den Worten: „Weil Sie mir sagen, daß Sie wirklich in Not sind, sende ich Ihnen, trotzdem Sie Sozialdemokrat sind, hier zwei Mark!“ — Kaum hatte jedoch Herr von D. den Mägen gedrückt, als der besagte „Vollziehende“ sich an den anwesenden Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei wandte und ausrief: „Hier sind zwei Mark für den Sozialdemokratischen Wahlfonds, die von einer Konfessionen gestiftet sind!“ — Diese unerhörte Frechheit fernermeint wohl zur Genüge die Kampfesweise der „Genossen“!

Wittenfels, 10. Januar. (Verjüngung des Geld.) Ein Weichenheller im nahen Pölsendorf hatte sein Vierteljahrsgeld erhalten und mit nach Hause gebracht. Als er später vom Dienst heimkehrte, war das Geld nicht zu finden. Das ganze Haus wurde abgefragt, aber das Geld blieb vermisst. Dieser Tage nun wurde der vermählte Geldbeutel mit den Wertnoten im Gesamtwerte von 400 Mark auf dem Boden eines Fettpfannes entdeckt. Der Mann hatte das Geld in den Topf gelegt, in dessen wenige Minuten darauf die Frau des Hauses abgefragt wurde.

M. Wittenfels, 10. Jan. (Eine 14jährige Giftmischerin.) Im Oktober vorigen Jahres erregte hier der Giftmordverlußt des von hier gebürtigen Dienstmädchens Frieda

In allen Abteilungen wird der

Inventur - Ausverkauf fortgesetzt

und verkaufen wir die vorhandenen grossen Bestände:

Damenpaletots, Kleider, Blusen, Unterröcke, Schürzen, Damenleibwäsche, Taschentücher, Strümpfe, Socken, Normalunterwäsche, Herren-Oberhemden, Pelzjackets, -Muffe und -Kragen, Kleiderstoffe, Seidenwaren, Halbfertige Roben, Damen- u. Kinderhüte, Gardinen, Teppiche, Tisch-, Reise-, Bett- u. Diwanddecken, Metall-Bettstellen

zu oft über die Hälfte ermässigten Preisen.

A. Huth & Co., Halle a. S.

Grosse Steinstrasse 86/87
Marktplatz 21.

Fockink-Stube
neben Metropol-Hotel.
Liköre u. Punsche
bis 2 Uhr nachts.
Flaschenverkauf zu Originalpreisen.

Räumungs-Ausverkauf
zu enorm billigen Preisen.
Gust. Liebermann,
Bernburgerstraße 30.

Neues Theater.
Direktion: E. M. Mauthner.
Freitag: **Traumgeister.**

Stadttheater in Halle a. S.
Freitag, den 12. Jan. 1912
121. Vorh. im Romm. 1. Viertel.
Carmen.

Oper in 4 Akten. Text nach Prosper Mérimé's gleichnamiger Novelle von S. Wallace und S. Palco. Musik von Georges Bizet.
Spielleitung: Eberhard Th. Rosen. Musikalische Leitung: A. Gismann.
Personen:
Carmen H. Sebald.
Don José, Sergeant Fr. Guseff.
Escamillo, Stierkämpfer J. von Corff.
Junica, Leutnant A. Krutboffer.
Morales, Sergeant A. Nicolai.
Micaëla, ein Bauernmädchen Irma Kühn.
Remendado Fr. Guseff.
Dancrato J. von Corff.
(Schmuggler)
Frasquita, Sängerin Alice Boer.
Mercedes' Mädchen H. Wiegler.
Nach dem 1. u. 2. Akt längerer Zwischen-
aufnahme 7 Uhr. 78. Tag. 1527
Ganze 11 Uhr.

Sonnabend, d. 13. Jan. 1912,
nachmittags 3 1/2 Uhr:
Weihnachts-Kinders-Vorstellung zu
kleinem Preis.
Zum letzten Male:
Hänsel und Gretel.
Hierzu: **Die Puppenfee.**
Abends 7 1/2 Uhr:
122. Vorh. im Romm. 2. Viertel.
Kostümi! Zum 2. Mal: Kostümi!
Das Tänzchen.

Vor und nach dem Theater
im **Weinhaus Broskowski**
die vorzüglichste Küche,
die edelsten Weine.

Passage-Theater,
Lichtspielhaus,
— Halle, Leipzigerstr. 88. —
Programm-Wechsel
jeden Mittwoch und Sonnabend.
Beginn der Vorstellungen:
Wochentags präzis 4 Uhr.
Sonn- u. Feiertags . . . 3

Auswärtige Theater.
Leipzig.
Neues Theater: Freitag: Mignon.
— Sonnabend: Hedda Gabler.
Altes Theater: Freitag: Die
Iphigeneia.
— Sonnabend: Die Iphigeneia.
Schauspielhaus: Freitag: Die
Spielerzeit einer Antike.
— Sonnabend: Das Tänzchen.
Operetten-Theater: Freitag: Die
Heine Fremdin.
— Sonnabend: Die Heine Fremdin.

Magdeburg.
Stadt-Theater: Freitag: Mithras-
gold. — Sonnabend: Richard II.
Gefurt.

Weimar.
Stadt-Theater: Freitag: Die
moderne Frau. — Sonnabend:
Die Schmetterlingsflucht.

Altenburg.
Stadt-Theater: Freitag: Die Iphigeneia.
— Sonnabend: Glaube und Heimat.

Orchester-Musikverein.
Freitag, 12. Januar 1912,
abends 8 Uhr (Kronprinz)
V. V. Vereinsabend.
Beethoven, Sinf. Fauré.
Schumann, Träumerei.
Saint-Saëns, Totentanz. 1549
Svendsen, Zornhagda. 1549
Mozart, Cuv. „Zauberflöte“.

Fockink-Stube
neben Metropol-Hotel.
American Drinks
bis 2 Uhr nachts.

Wahalla-Theater
Direktor u. Besitzer: Paul Blüthgen.
Gastspiel Original (O.-P.) Parisiana.
„Die G'schamige“, Ein Dialog zum Bilde von
Frm. v. Reeznick.
Das starke Stück, Schwank von Jul. Horst.
Schmetterlinge, Lustsp. v. O. Eisenschütz u. V. v. Zeska.
„Der Brandstifter“, 1548
Sketch von Hermann Heyermann, mit Erwin Baron in den 7 Hauptrollen.
Sensationeller Erfolg! Letzte Woche Anfang 8 Uhr.

Die schnellsten
Wahlresultate
von sämtlichen deutschen Reichstagswahlen
erfährt man im
Café Bauer.
Neu im Billardsalon:
1 Turnier Match Billard von Chr. Lange, Hannover.
534 Hochachtungsvoll **P. Schönbach.**

OESTERREICHISCHER LLOYD * TRIEST
„Thalia“ - Vergnügungsreisen 1912.
I. „Zum Karneval nach Nizza“ Vom 1.—16. Febr. (Triest, Palermo, Neapel, Nizza, Genoa) Fahrpreise mit Verpflegung von ca. M. 320.— an.
II. „Frühling im Süden.“ Vom 18. Febr. bis 3. März. (Genoa, Nizza, Korfu, Ragusa, Triest.) Fahrpreise mit Verpflegung von ca. M. 257.— an.
III. „Nach Nordafrika und Italien.“ Vom 5.—17. März. (Triest, Korfu, Malta, Soussa, Tunis, Palermo, Livorno, Genoa.) Fahrpreise mit Verpflegung von ca. M. 257.— an.
— Weitere Vergnügungsreisen laut Programm. —
Im Juli und August 1912 **Drei Nordlandreisen.**
Landausflug durch Thos. Cook & Son, Wien.
Regelmässige Fahrten ab Triest: Expressverkehr **Triest-Alexandrien** mit den Luxusschiffen „Wien“ und „Melanion“. — Abfahrt von Triest jeden Sonntag 1 Uhr nachm. — **Mitteldeutschland-Kairo** in bloss 4 Tagen. **Ellinie Triest-Shanghai**, monatlich am 4. ab Triest. Fahrtdauer bloss 34 Tage. **Vorzügl. Passagierdampfer.** Besondere wöchentliche **Kilberkehr nach Dalmatien, Korfu, Athen (Piräus), Konstantinopel;** wöchentliche Fahrten nach **Syrien und Palästina, Odessa, Batum, Salonik, Smyrna Rhodus, Kandien, Cypern** etc.
Prospekte, Auskünfte: in Halle a. S. bei: **Max Lipmann**, Volkmannstr. 4. und der Generalagentur des Oesterreichischen Lloyd, Berlin N.W., Unter den Linden 47. 1530

Ritter Flügel Pianos
2 1911 2
Weltausstellung-Turin - Grand Prix

Frauen-Verein zur Armen- u. Krankenpflege.
Vorträge am Seiten des Vereins.
Donnerstag, 18. Januar, 8 Uhr im Volkshaus, Neue Brunnstraße 15.
Herr Professor Dr. Kneger:
„Die Frau im Leben der Naturvölker“
— mit Schlußreden.
Eintrittskarten zu diesem und den folgenden Vorträgen zu 3 Mk. zu einzelnen Vorträgen 1 Mk. sind zu haben in der Lippertischen Buchhandlung (Hemmer), Gr. Steinstr. 78, und am Eingang zum Saal.
Der Vorleser: D. Wachtler.

Nicht zu verwechseln mit anderen Bohnenkaffees!
Lund's größter Kaffees
in der geschmackvollsten Originalpackung.
Preisliste vom 10. 0. 75. bis 10. 1. 1912.

Wratzke u. Steiger
Juwelen. (49) Halle a. S.

Tulpe.
Jeden Donnerstag abend:
Warmer Schinken im Majon. 1.00
Salat
Jeden Freitag abend:
Warme Schlichteschüssel,
best. a. Rot- u. Leberwurst. 0.65
Wellfleisch u. Niereid. Brühe
Jeden Sonnabend abend:
Bayrische Kalbsaxe 1.00
Beuährte Doarfbrennittel. Spezialitäten bittig! i. d. Barfüßnerie
Oskar Ballin, Leipzigerstr. 91.

Apollo-Theater.
Direktion: Gustav Poller.
Zeit 8 1/2 Uhr. 1487
Dr. Angelo's Meißener Porzellan.
— größte Schenswürdigkeit!
Im blauen Licht,
Bretsch. Bernsbühl. — Geleit von Leon Perli.
4 Oy-Ra,
Barf. Wolfstänger.
Lisa Seebach,
das Schim-Phänomen mit 4 Olfaven Umhang.
5 Longonells,
vorsügl. Damen-Ensemble.
Jos Sunder,
renommiertes Jongleur-Ensemble u. d. üb. erhalt. Spezialitäten.
Gutes dauerhaftes Gummiband für Strumpfpfänder fauft man bei H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.

Hallische Singakademie.
Leitung: **Willy Wurfshmidt.**
Mittwoch, den 17. Januar 1912, abends 7 1/2 Uhr in der Stephanuskirche

Christus
Oratorium für Soll. Chor und Orchester von Franz Liszt
zum Besten der Errichtung eines Reichswaisenhauses in Halle a. S.
Mitwirkende: **Ella von Dely** (Sopran). **Elisabeth Immanuel** (Mezzo-Sopran). **Theo Baniel** (Alt). **Beno Haberl** (Tenor). **Friedrich Strathmann** (Bariton).
Orgel: Organist **Emil Paul**-Leipzig.
Orchester: **Kapelle des Inf.-Regts. Nr. 36.**
Preise der Plätze: 5.00, 4.00, 3.00, 2.00, 1.00 Mark.
— Texte 30 Pfg.
Vorverkauf in den Hofmusikalienhandlungen von **Heinrich Lothian** und **Reinhold Koch**. Die Lustbarkeitssteuer ist vom Magistrat der Stadt erlassen (§ 9 der Ordnung).

Verein ehemaliger Angehöriger des 2. Kgl. Sächsischen Husaren-Regiments „Königin Karola“ Nr. 19 (fr. 2. Reiter) an Halle a. S. und Umgebung.
Zu unserem am Sonnabend, den 13. Januar er., abds. von 8 Uhr an im „Wintergarten“ stattfindenden
III. Stiftungsfest,
betheiligt aus **Konzert, Theater und Ball,** erlauben wir uns hierdurch unsere Kameraden, Freunde und Bekannten ergebenst einzuladen.
Dunkler Anzug erwünscht. Orden, Ehren- und Vereinsausweisen sind anzulegen.

Mozartsaal - Waldplan 20.
Donnerstag, den 18. Januar, abends 8 Uhr
Robert Johannes.
Ernste und heitere Vorträge in ostpreuss. Mundart.
Karten zu 2.10, 1.50, 1.00, 1.05 in der Hofmusikalienhandlung **Heinrich Lothian.** 1563

„Zum Pilsner Urquell“,
Barfüßerstraße 30. — Fernruf 1061.
Infolge eines Uebereinkommens ist es mir möglich, sämtliche
Wahlresultate des Deutschen Reiches
am Freitag abend und in der Nacht in meinem Lokal begeben zu geben.
Ergebenst **Hermann Kaufmann.**

Dölauer Heide
von ganz Halle die schönste **Winterlandschaft.**
Schlittenpartien — Rodelbahn.
Empfehlenswerte Restaurants mit gutem Mittagstisch 1547
Heideschlösschen — Heidekrug.

Kurhotel Alexisbad.
Prächtige Winterlandschaft. — Gute Schlittenbahn.
(Der Kurverein Alexisbad veranstaltet am Sonntag, den 14. Januar, sein **erstes Winterfest.**)
Ich empfehle den Besuchern und Sportfreunden meine Lokalitäten. Vorherige Anmeldungen zum Diner sind erforderlich.
Sportgeräte im Hotel leihweise zu haben.
2401 Ergebenst **P. Schwiesan**, Hoflieferant.

Fockink-Stube
neben Metropol-Hotel.
Kalte Aufschnitt-Delikatess.
Warme Spezialsuppen mit bis 2 Uhr nachts.

Steuer-Erklärungen.
Bücherrevisor **Beyer**, Halle a. S.,
Ludw.-Wuchererstr. 78 a.
Tel. 8341. 1531

Ziehung 6. Februar
6. Schlesische Pferde-Lotterie
Lose à 1 Mk. Porto u. Liste 2000 Gewinn. Gesamtwert hoch
60 000
von 60 Pfund und 4 Reispfund Mark
40 000
mit 2000 Pfundmark Mark
20 000
2.1. 1912. 1. 1912. 1. 1912.
10 000
Lose empfangen und versandt
Lud. Müller & Co.
Berlin C., Leipzigerstr. 2.
Tel.-Adr.: Gildengasse.